

Andreas Kiefer

KANDIDAT FÜR DIE POSITION DES
GENERALSEKRETÄRS DES KONGRESSES
DER GEMEINDEN UND REGIONEN

Sehr geehrtes Mitglied des Kongresses!

2010 und 2015 wählte mich der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats zum Generalsekretär und beauftragte mich mit der Leitung des Sekretariats, der Führung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie mit der Verwaltung der finanziellen Ressourcen, um die vom Kongress in seinen Prioritäten definierten politischen und thematischen Ziele zu erreichen. Zu meinen Aufgaben gehörte auch die politische Beratung der Präsidentinnen und Präsidenten und des Präsidiums sowie die Vertretung des Kongresses innerhalb der Strukturen des Europarates und darüber hinaus.

Die Kongresspräsidenten halten regelmäßig einen Meinungsaustausch mit dem Ministerkomitee. Zusätzlich zu diesem politischen Dialog ist es die Aufgabe des Generalsekretärs, den Botschafterinnen und Botschaftern unserer 47 Mitgliedstaaten die konkrete Arbeit und die Ergebnisse des Kongresses näher zu bringen. Die Ergebnisse und Aktivitäten, die ich zweimal im Jahr präsentiere, sind Ihre Erfolge, nämlich die Arbeit unserer Versammlung engagierter gewählter Politikerinnen und Politiker. Die Unterstützung eines großartigen Teams von Kollegen im Sekretariat, das sich für eine starke demokratische kommunale und regionale Selbstverwaltung einsetzt, war der Schlüssel zur Erreichung dieser Ziele.



KERNAUFGABEN UND NEUE AKTIONSFELDER

Im ständigen Streben nach Verbesserungen und der Erhöhung der Effizienz konzentrierten mein Team und ich uns auf die Kernthemen und Hauptaufgaben, die das Ministerkomitee dem Kongress übertragen hat. Während der vergangenen Mandatsperioden ergänzten wir die institutionelle Arbeit des Kongresses und das Monitoring der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung um neue Dimensionen, beispielsweise um die Förderung der Menschenrechte, die Verhütung von Korruption sowie um die Querschnittsthemen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung. 2013 führten wir ein neues Post-Monitoring-Verfahren mit einem politischen Dialog mit den nationalen Regierungen ein, um den Empfehlungen des Kongresses ein konkretes Follow-Up zu geben. Seit 2014 bieten wir den Jugenddelegierten eine echte Beteiligungsmöglichkeit im Kongress.

Wir betreten Neuland, indem wir drittfinanzierte Kooperationsaktivitäten begannen, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in den Ländern der Nachbarschaftspolitik des Europarates. Seit 2012 setzen wir etwa Projekte und Programme für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Manager von Veränderungen, für eine bessere öffentliche Ethik und für mehr Transparenz um, arbeiten für die Gleichstellung der Geschlechter im politischen Leben und motivieren junge Menschen zu aktiver Bürgerschaft, um nur einige der Themen zu nennen. Diese Aktivitäten wurden durch freiwillige Zuwendungen von Mitgliedstaaten und der Europäischen Union mit einem Betrag von insgesamt ca. neun Millionen Euro gefördert. Begünstigte sind kommunale und regionale Politikerinnen und Politiker, Gemeinden, Städte und Regionen sowie deren nationale Verbände in Albanien, Armenien, Georgien, der Republik Moldau, der Ukraine sowie in Marokko und Tunesien. Diese konkreten Aktivitäten ergänzen die statutarische Arbeit des Kongresses und seiner drei Ausschüsse. Wir sind besonders stolz auf die Umsetzung von Projekten durch Bürgermeister und Gemeinderäte und auf die „Praktikerinnen- und Praktiker-Gemeinschaft für kommunale Demokratie“.

Ich habe dazu beigetragen, das Profil des Kongresses als Forum der Begegnung und des Austausches sowie als Monitoring- und Wahlbeobachtungsorgan des Europarates zu schärfen. Vor Ort setzt das operative Sekretariat Projekte im Rahmen der Aktionspläne des Europarates um und ist hoch anerkannt. Wir wenden uns an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Ratsmitglieder, an die Mitglieder regionaler Regierungen und Versammlungen, um die lokale und regionale Dimension dessen zu vermitteln, wofür der Europarat gegründet wurde: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

MULTILATERALISMUS UND MEHREBENEN- REGIERUNGSSYSTEM - KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG UND REGIONALE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Vergessen wir nicht, dass der Europarat 1949 nicht gegründet wurde, um die Rolle der Regierungen und Parlamente zu stärken. Ziel war die Schaffung eines größeren europäischen Raums für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie eines Systems der gegenseitigen Kontrolle, um diese Werte und ihre Nutznießer - die auf europäischem Gebiet lebenden Frauen, Männer und Kinder - zu schützen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und ein komplexes System von Überwachungsorganen zielen darauf ab, die Rechte der Bürgerinnen, Bürger und Einwohner vor Verstößen gegen die völkerrechtlichen Verträge (Konventionen) durch staatliches Handeln zu schützen. Eines dieser Rechte, und ein wesentlicher Bestandteil des europäischen Gesellschaftsmodells, ist die demokratische Selbstverwaltung, verankert in der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Der Kongress wurde von den Mitgliedstaaten mit der Überwachung der Einhaltung der Charta beauftragt, und wir führen unser Monitoring strukturiert, kohärent und transparent durch. Um unsere Kernaufgaben auch in Krisenzeiten und unter stark eingeschränkten Reisemöglichkeiten aufrecht erhalten zu können, haben wir temporäre neue Methoden für Monitoringaktivitäten, Wahlbeobachtungen und Fact-Finding entwickelt.

Bereits vor der COVID-19-Krise machte der Kongress einen Trend zur Re-Zentralisierung von Zuständigkeiten aus, und der Europarat stellte Bedrohungen für die Grundrechte fest, wie etwa für Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und den Zugang zu freien und fairen Wahlen. Zweifellos, es gibt Tendenzen zu Nationalismus und Isolation, die vorgeben, dass das Errichten von Mauern komplexe Probleme und Herausforderungen lösen würde. Ich bin überzeugt, dass die Herausforderungen, denen unsere Mitgliedstaaten gegenüberstehen, nur

durch Multilateralismus, also internationale Zusammenarbeit, und durch Multi-Level-Governance, also Konsultation, vertrauensvollen Austausch und ein Bündeln der Kräfte von nationalen, regionalen und kommunalen Politikerinnen und Politikern erfolgreich gelöst werden können. Gewählte Politikerinnen und Politiker in Gemeinden, Städten und Regionen stehen bei diesen Herausforderungen an vorderster Front. Um funktionierende und „realitäts-sichere“ Lösungen zu finden, müssen lokale und regionale Gebietskörperschaften in alle politischen Gestaltungsprozesse einbezogen werden, bei denen es eine lokale und regionale Dimension gibt. Der Kongress ist der institutionelle Arm im Europarat, um dies voranzutreiben. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Sekretariat werde ich mit aller Kraft dafür arbeiten, dass Gemeinden und Regionen voll und regelmäßig in die Ausarbeitung und Umsetzung nationaler Rechtsvorschriften und Politiken einbezogen werden.

Während in vielen Bereichen erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung erzielt wurden, konfrontiert die COVID-19-Krise die europäischen Staaten mit zunehmenden Ungleichheiten. Dies wirft Fragen nach der Stabilität und Nachhaltigkeit unserer sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme auf. Gemeinsam mit Ihnen möchte ich die Fähigkeit des Kongresses weiter entwickeln, rasch auf die neuen Herausforderungen für die Bürgerinnen und Bürger, für die kommunale Selbstverwaltung und die regionale Demokratie zu reagieren.

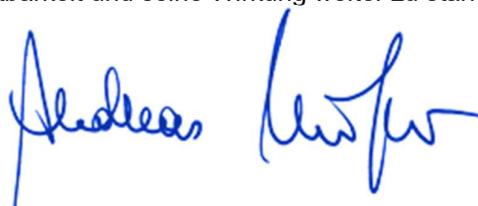
Digitalisierung und künstliche Intelligenz werden wichtige Werkzeuge sein, können aber den direkten Kontakt zwischen der Bevölkerung und ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern niemals ersetzen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Mitglieder der Gemeinde- und Regionalvertretungen genießen das höchste Vertrauen der Bevölkerung und sind der Kitt unserer Gemeinschaften. Gleichzeitig finden sich immer weniger Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für ein Wahlamt zur Verfügung stellen. Die Schaffung von zumutbaren Arbeitsbedingungen für Politikerinnen und Politiker wird eine besonders wichtige Aufgabe in den nächsten Jahren sein, um das Funktionieren der repräsentativen Demokratie zu sichern.

ENGAGIERT FÜR UNSERE WERTE UND FÜR DEN KONGRESS

Mit meiner Berufserfahrung, meinem internationalen Netzwerk hochrangiger Entscheidungsträger und Wissenschaftler sowie mit den guten Beziehungen zu den europäischen und nationalen Verbänden lokaler und regionaler Gebietskörperschaften möchte ich weiterhin dazu beitragen, dass der Kongress seine Rolle als europaweite Plattform des politischen Austauschs und des Know-how-Transfers wahrnehmen kann. Gemeinsam mit dem sehr professionellen Team im Sekretariat möchte ich den Kongress als wirksame Monitoringeinrichtung und operativen Akteur vor Ort und als wichtigen Teil der Kommunikationsschiene für die Werte des Europarates weiterentwickeln, wie etwa für aktive demokratische Bürgerschaft, die Bekämpfung von Radikalisierung und Hassreden und die Umsetzung der Europäischen Sozialcharta in den Gemeinden und Regionen.

Die bevorstehende Umsetzung von Reformen - nach einer außerordentlich schwierigen Phase für den Kongress - erfordert einen Generalsekretär mit Sachkenntnis und Vision, Kreativität und einem Sinn für sich abzeichnende Entwicklungen, mit gründlicher Erfahrung, Dialog- und Kommunikationsfähigkeit, Führungsqualitäten und unerschütterlichem Engagement für die Werte des Europarates. Der Generalsekretär des Kongresses muss innerhalb des Kongresses und bei den Entscheidungsträgern der Organisation sowie unseren externen Partnern Anerkennung und Wertschätzung genießen und in der Lage sein, konkrete Resultate seiner Arbeit zu liefern.

Mein aktives Engagement für die lokale und regionale Demokratie sowie mein persönlicher Werdegang und meine beruflichen Erfahrungen, meine Loyalität, mein Verantwortungsbewusstsein und meine Innovationskraft sind die Triebfedern meiner Bewerbung. Ich bin bereit, meine ganze Energie darauf zu verwenden, dem Kongress zu dienen, um seine Rolle, seine Sichtbarkeit und seine Wirkung weiter zu stärken.



LEBENS LAUF

Andreas Kiefer wurde am 6. Oktober 1957 in Salzburg, Österreich, geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Salzburg und Linz, schloss das Studium der Rechtswissenschaften als Doktor Jur. ab und absolvierte einen Post-Graduate Lehrgang "General Management mit Schwerpunkt Public Management" (2010). Er spricht neben seiner deutschen Muttersprache Englisch und Französisch.



Nach Tätigkeiten in der Privatwirtschaft arbeitete Andreas Kiefer als Leiter des Büros des Landeshauptmann-Stellvertreters und danach des Landeshauptmannes Hans Katschthaler (1984 – 1995) und leitete von 1996 bis 2010 die Europaabteilung des Landes Salzburg.

Von 2000 bis 2009 vertrat er die österreichischen Länder auf Arbeitsebene in der Vorbereitung der Regierungskonferenzen zum Vertrag über eine Verfassung für Europa bzw. Vertrag von Lissabon und bereitete die Umsetzung der innerstaatlichen Kontrolle von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit durch die Länder vor.

2003 bekleidete er die Funktion des Generalsekretärs der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten europäischer Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG). Sein Beitrag zur Schaffung der EuRegio Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein mit rund 100 Mitgliedsgemeinden ist ein konkretes Beispiel für angewandte grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Auf kommunaler Ebene war Andreas Kiefer als Vorsitzender und als Mitglied in Wahlbehörden tätig. Er initiierte und begleitete ein Projekt zur Bürgerbeteiligung zur Integration von neuen Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern mit einem Prozess für ein Gemeindeleitbild in Kuchl (Dorferneuerung).

Am 17. März 2010 wurde er zum Generalsekretär des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarats gewählt und am 24. März 2015 wiedergewählt.

Andreas Kiefer hält Fachvorträge und Gastvorlesungen an Universitäten und in internationalen Konferenzen. Seine Publikationen behandeln die kommunale Selbstverwaltung, Regionalismus, Föderalismus, interregionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen, den Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats, den Ausschuss der Regionen der EU sowie das politische System Österreichs.

Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Vergleichende Föderalismusforschung von eurac research an der Europäischen Akademie Bozen (EURAC), Mitglied der europäischen Vereinigung der Föderalismusforscher und war von 2005 bis 2016 Mitglied des Vorstands des Salzburger Bildungswerks.

Andreas Kiefer ist verheiratet mit Dr. Carmen Kiefer, PR Beraterin und seit 1999 Erste Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Kuchl. Die Familie hat drei erwachsene Kinder.

Kontakt

Privat: andreas.kiefer@outlook.com
Büro: Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats,
Avenue de l'Europe, F-67075 Strasbourg,
www.coe.int/congress; E-mail andreas.kiefer@coe.int